

Niederschrift
über die
Sitzung des Regionalrates
am 18. September 2008
in Dortmund

Beginn: 09.30 Uhr
Ende: 11.30 Uhr
Anwesende: siehe Anwesenheitsliste (Anlage I)

Tagesordnung für die Sitzung des Regionalrates am 18.09.2008

1. Regularien
2. Begrüßung der neuen Regierungsvizepräsidentin
3. **Schwerpunktthema:** Neueste Entwicklungen der Verkehrsplanung im Land NRW
 - Vortrag von Herrn Staatssekretär Kozlowski, MBV NRW
4. Verkehr
 - a) Verkehrsplanung zu Luft, Schiene, Straße und Wasser im Regierungsbezirk Arnsberg
 - InformationVorlage 15/03/08
 - b) Bauprogramm für Maßnahmen des Landesstraßenausbauplanes
 - Beschluss über den regionalen Vorschlag zum Bauprogramm 2009Vorlage 16/03/08
5. Umwelt
 - a) Klimaschutzziele des Landes NRW
 - InformationVorlage 17/03/08
 - b) Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
 - InformationVorlage 18/03/08
6. Mitteilungen und Anfragen

zu TOP 1: Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Regionalrates und stellt fest, dass hierzu ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Er begrüßt **Herrn Kossack** als Geschäftsführer der Flughafen Dortmund GmbH und Gastgeber für die heutige Sitzung.

Als Referenten zum Schwerpunktthema begrüßt er **Herrn Kozlowski**, Staatssekretär im Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

Weiterhin heißt er **Herrn Regierungspräsidenten Diegel** und die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung willkommen.

Der Vorsitzende stellt die Tagesordnung fest.

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird das Ratsmitglied **Herr Werner Liedmann** benannt.

Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

"Der Regionalrat genehmigt die vorliegende Niederschrift über die Sitzung des Regionalrates am 19.06.2008."

Anschließend richtet **Herr Kossack** Grußworte an die Sitzungsteilnehmer.

zu TOP 2: Der Vorsitzende begrüßt herzlich die neue Regierungsvizepräsidentin, **Frau Geiß-Netthöfel**, und wünscht ihr für ihre neue Tätigkeit viel Glück und Erfolg.

zu TOP 3: Die Rede von **Herrn Staatssekretär Kozlowski** sowie die nachfolgenden Diskussionsbeiträge sind als Anlage II beigefügt.

Die Verwaltung sagt ergänzende Informationen zur finanziellen Ausgleichsregelung für gemeinwirtschaftliche Leistungen im Nahverkehr – § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) – zu.

Die Sachlage stellt sich demnach wie folgt dar:

Auszubildende (das sind im Wesentlichen Schüler, Auszubildende in der Berufsausbildung und Studenten) erhalten beim Erwerb von Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs einen Rabatt von ca. 25 % gegenüber dem Regelfahrpreis.

Die Verkehrsunternehmen haben nach § 45a PBefG einen gesetzlichen Anspruch auf Ausgleichsleistungen für diese rabattierte Beförderung von Auszubildenden. Hierdurch wird den Verkehrsunternehmen ein Teil der gemeinschaftlichen Verpflichtungen ausgeglichen, da von ihnen nicht verlangt werden kann, Mindereinnahmen aufgrund gesellschaftspolitischer Zielsetzungen allein zu tragen.

Die Ausgleichsleistungen haben sich in der Vergangenheit zu einem bedeutenden Instrument der ÖPNV-Finanzierung entwickelt.

Dabei wird die Höhe der Ausgleichsleistungen mit folgender Formel ermittelt:

$0,5 \times (\text{Anzahl der verkauften Zeitfahrausweise im Ausbildungsverkehr} \times \text{Fahrtenhäufigkeit je Gültigkeitstag} \times \text{Anzahl der Gültigkeitstage für einen Fahrausweis} \times \text{mittlere Reiseweite in Kilometer} \times \text{spezifischer Sollkostensatz der Kostensatzgruppe je Personen-Kilometer})$ abzüglich der Erträge im Ausbildungsverkehr.

Nach der mit Haushaltsbegleitgesetz 2004 des Bundes vorgenommenen Änderung des § 45a PBefG verringerte sich der Ausgleichsbetrag für das Jahr 2004 um 4 vom Hundert, für das Jahr 2005 um 8 vom Hundert und vom Jahr 2006 an jeweils um 12 vom Hundert.

Mit Erlass vom 22.12.2005 hat das Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen entschieden, dass ab 2006 darüber hinaus nur noch ausbildungsnotwendige Tage bei der Ermittlung der Anzahl der Gültigkeitstage für einen Zeitfahrausweis berücksichtigt werden. Gleichzeitig wurden die Sollkostensätze angepasst, da die Ermittlung der Sollkostensätze auf Basis der „alten“ Gültigkeitstage erfolgte.

Auf Basis der Abrechnungen des Jahres 2004 bedeutet dies für die Unternehmen im Regierungsbezirk Arnsberg eine Reduzierung der Ausgleichsleistungen um rund 12 bis 32 %.

Zur weiteren Information ist ein Erlass des Ministeriums für Verkehr, Energie und Landesplanung des Landes Nordrhein-Westfalen vom 17.03.2004 (siehe Anlage III) sowie der o.a. Erlass des Ministeriums für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen vom 22.12.2005 beigefügt (siehe Anlage IV).

- zu TOP 4a: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.“
- zu TOP 4b: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
1. Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.
2. Der Regionalrat beschließt den regionalen Vorschlag zum Bauprogramm 2009 für Maßnahmen des Landesstraßenausbauplanes für den Regierungsbezirk Arnsberg gemäß § 9 Abs. 4 LPIG.
- Zu TOP 5a: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.“
- zu TOP 5b: Der Regionalrat fasst **einstimmig** folgenden **Beschluss**:
„Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.“
- zu TOP 6: Der Sitzungskalender für 2009 und die Foto-CD-ROMs der diesjährigen Rothaarsteigwanderung liegen aus.

Es liegt eine schriftliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Erweiterung von Steinabgrabungen mit möglichem Eingriff ins Grundwasser sowie die schriftliche Antwort der Verwaltung (siehe Anlage V) vor.

Herr Regierungspräsident Diegel bittet, derartig komplexe Anfragen künftig etwas frühzeitiger zu stellen, um der Bezirksregierung die Möglichkeit zu geben, diese mit etwas weniger Zeitdruck umfassend und aktuell beantworten zu können.

Der Vorsitzende berichtet, im vergangenen Jahr sei es mit einigem Engagement gelungen, die pauschale Fraktionsfinanzierung nach der vormaligen Kürzung (ca. minus 23 %) um mehr als 50 % wieder aufzustocken. Nach weiteren intensiven Gesprächen mit dem Wirtschaftsministerium in Bezug auf die Entschädigung der Regionalratsmitglieder habe dieses das zuständige Innenministerium aufgefordert, die Sitzungsgelder entsprechend der Sätze in anderen vergleichbaren Gremien im Landeshaushalt 2009 von 30 € auf 43 € und die monatliche Aufwandsentschädigung von 50 € auf 87 € zu erhöhen. Er bitte die Regionalratsmitglieder, die Landtagsabgeordneten gegebenenfalls im Vorfeld der Haushaltsberatungen zu informieren, dass diese Anpassungen längst überfällig seien.

Frau Ewert erläutert den aktuellen Sachstand des Förderverfahrens zur Bewältigung der „Kyrill“-Schäden. Alle Anträge hätten fristgerecht bearbeitet werden können. Das Budget habe sowohl durch eine Umverteilung nicht abgerufener Mittel als auch eine Zinszahlung noch einmal erhöht werden können. Möglicherweise werde noch eine weitere Zahlung erfolgen. Die Kommunen und Kreise hätten zurück gemeldet, dass die Fristen zwar aufgrund der EU-Vorgaben sehr knapp gewesen seien, jedoch auch einen gewissen positiven Handlungsdruck in Bezug auf Organisation und Durchführung der Vorhaben ausgelöst hätten. Der kommunalen Familie spreche sie für die sehr gute Zusammenarbeit ihren ausdrücklichen Dank aus. Die Rechnungsprüfer hätten vor Ort gute Arbeit geleistet, es seien regelmäßige Abstimmungen erfolgt. Sehr viel Geld habe sinnvoll eingesetzt werden können, die Abwicklung der „Hauptmaßnahmen“ werde voraussichtlich Ende dieses Monats abgeschlossen. Die zusätzlichen Mittel könnten hoffentlich für weitere wichtige Maßnahmen verwendet werden.

Weiterhin berichtet sie, die abnehmende Tendenz der PFT-Konzentration in Möhne und Ruhr habe sich bestätigt. Der Kreis Soest habe aktuell mit der Sanierung der hoch belasteten Ackerfläche nördlich von Rüthen begonnen. Das MUNLV NRW habe kürzlich mitgeteilt, dass eine weitere Fläche im Einzugsgebiet des Nierbachs hohe PFT-Werte aufweise, eine zweite Messung habe jedoch andere Werte ergeben. Es seien weitere Untersuchungen eingeleitet worden, der Regionalrat werde über die Ergebnisse zu gegebener Zeit informiert. Akuter Handlungsbedarf bestehe nicht, da es keine Hinweise auf PFT-Einträge in die angrenzenden Gewässer gebe und es sich bei der betroffenen Fläche um eine Weihnachtsbaumkultur handele, auf der keine Nahrungs- oder Futterpflanzen angebaut würden.

Die Strukturkommission hat in ihrer Sondersitzung am 28. April 2008 beschlossen, aus den Reihen des Regionalrates eine Arbeitsgruppe zum Thema „Kulturförderung“ einzurichten, die sich rechtzeitig im Vorfeld der maßgeblichen Sitzungen als vorberatendes Gremium mit Fragen der Kulturförderung im Regierungsbezirk befassen soll.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschließt der Regionalrat, dass in der Arbeitsgruppe jeweils 3 Mitglieder der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion sowie jeweils 1 Mitglied der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vertreten sein sollen. Der Vorsitzende bittet die Fraktionen, ihre Mitglieder in der Arbeitsgruppe sowie deren Vertretungen der Geschäftsstelle binnen 14 Tagen namentlich mitzuteilen.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 11:30 Uhr.

.....
Droege, Vorsitzender

.....
Liedmann, Ratsmitglied

.....
Diekmann, Schriftführerin